

René Wilke | Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) | Marktplatz 1 | 15230 Frankfurt (Oder)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der wichtigen Debatte um den künftigen Standort der Außenstelle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU) im Land Brandenburg werden derzeit seitens der BStU interne Vorprüfungen in den Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) durchgeführt. Diese finden in enger Rücksprache mit der Landesregierung zu ihren Plänen hinsichtlich einer Weiterentwicklung der Gedenkstätten-, Bildungs-, Archiv- und Forschungslandschaft statt.

Wir möchten mit diesem Schreiben verdeutlichen, dass die Stadt Frankfurt (Oder) ein hohes Interesse hat, auch zukünftig der Brandenburger Standort für die BStU-Außenstelle mit Archivstandort zu sein. Wir würden es begrüßen, wenn die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass die Machbarkeitsstudie nach den internen Vorprüfungen der BStU in unserer Stadt durchgeführt wird, um Wege zu finden, wo und wie die zukünftige BStU-Außenstelle entsprechend der Kriterien der BStU in unserer Stadt umgesetzt werden kann.

Wir bieten selbstverständlich eine konzeptionelle Zusammenarbeit an, um das Landesengagement bei der Weiterentwicklung der regionalen Gedenkstätten-, Bildungs-, Archiv- und Forschungslandschaft in unserer Region zu unterstützen. Im Folgenden möchten wir noch einmal verdeutlichen, welche Argumente für den Verbleib der Behörde in Frankfurt (Oder) sprechen.

In Frankfurt (Oder) sind im Archiv derzeit 15, im Auskunftsbereich etwa 20 und im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/Politische Bildung sowie Verwaltung weitere 20, also in der Summe 55 Arbeitsplätze angesiedelt. Ein Wegfall am Standort (bzw. auch die Zumutung einer anderthalbstündigen Anfahrt nach Cottbus) wäre in höchstem Maße unsozial für die Beschäftigten. Käme es zu einem Standortwechsel wäre anzunehmen, dass ein Teil der Mitarbeiter/innen diesen Wechsel nicht nachvollzieht. Es bestünde die Gefahr, dass qualifiziertes Wissen über die Strukturen im Archiv zumindest teilweise und zeitweise leichtfertig verloren ginge und aufgrund des Fachkräftemangels nur schwer nachzubersetzen wäre.

Sollte die Lage der BStU-Außenstelle außerhalb des Stadtzentrums von Frankfurt (Oder) als Mangel empfunden werden, sind wir gern bereit, über geeignete Flächen in innenstädtischer Lage zu sprechen.

Synergieeffekte sehen wir in einer eventuellen weiteren konzeptionellen Verzahnung der BStU-Außenstelle mit der Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Frankfurt (Oder). Bisher gibt es eine Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung von Sonntagsöffnungszeiten der Gedenkstätte. Eine Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit halten wir für folgerichtig und naheliegend.

Anzumerken ist weiterhin, dass es zu den verschiedenen Lehrstühlen an der Europa-Viadrina ebenfalls Synergieeffekte gibt. Zudem sind wir der Auffassung, nur hier an der Europa-Universität Viadrina stehen wissenschaftliche Impulse zur Aufarbeitung von Diktatur in Polen und der ehemaligen DDR im Rahmen einer vergleichenden Forschung zu erwarten.

Einer angeblich zu geringen Nutzung des Lesesaals am Standort Frankfurt (Oder) ist entgegenzuhalten, dass weit über 90 Prozent der eingehenden Anfragen auf dem Postweg beantwortet werden. Man muss nicht persönlich in die BStU-Außenstelle kommen, um seine Stasi-Akte einsehen zu können. Die zukünftige Digitalisierung der Bestände führt darüber hinaus zu einer konzeptionellen Verschiebung der Arbeit einer BStU-Außenstelle, in der die Nutzung des Lesesaals eine untergeordnete Rolle spielen wird.

Schließlich sei noch auf die Bedeutung des Archivs der BStU als Partner im Notfallverbund der folgenden Einrichtungen verwiesen: Bibliothek der Europa-Universität Viadrina, Bibliothek des Collegium Polonicums in Slubice, Archiv der Europa-Universität Viadrina sowie Stadtarchiv der Stadt Frankfurt (Oder). Die BStU-Außenstelle am Standort Fürstenwalder Poststraße verfügt über ausreichende Ausweichflächen, wenn an einem der genannten Standorte eine Havarie eintritt, um geschädigte oder kurzfristig auszulagernde Bestände aufzunehmen. Die genannten Einrichtungen haben einen Notfallverbund gegründet, in dem sie sich zu gegenseitiger personeller und sächlicher Hilfe im Katastrophenfall verpflichten. Die BStU-Außenstelle spielt hier eine wichtige Rolle.

Diese Liste an Argumenten ließe sich fortsetzen. Wir bitten darum, dass unsere Standpunkte in dieser gewiss nicht einfachen Frage gehört und abgewogen werden.

Mit freundlichen Grüßen



René Wilke  
Oberbürgermeister